

An den Bürgermeister
und
an den Stadtrat von Lüdinghausen
Borg 1
59348 Lüdinghausen

FBA
Z. K. u. d. B.
u. u. V. u. u. u.
D 1/12
30.11.2014

Bürgerantrag

zur Ablehnung der geplanten Freihandelsabkommen

CETA, TTIP und TiSa

Anlagen: -1- Kopie des Artikels „Kommunen gegen TTIP & Co“

-1- Kopie des Artikels „TTIPs Geschwister“ ;

.....-5- Faltblätter mit Kurzinformationen zum Thema;

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Borgmann, sehr geehrte Vertreterinnen und Vertreter des Stadtrates von Lüdinghausen,

als Bürger der Stadt Lüdinghausen stelle ich den Antrag, daß Sie sich eingehend auseinandersetzen mit den auf EU-Ebene geplanten **Freihandelsabkommen** (TTIP, TiSa und CETA), soweit sie bisher bekannt sind. Danach soll noch vor deren Vertragsschluss im Dezember 2014 auf geeignete Weise bekundet werden, dass diese Verträge abgelehnt werden.

Denn TTIP & Co. werden zukünftig auch *Belange in Kommunen und unserem Land* betreffen, und zwar nicht zum Guten, wie von Lobbyisten behauptet wird. Es soll vielmehr neu verhandelt werden, und zwar in transparenter Weise und nicht, wie bisher, in geheimen Verhandlungen zwischen EU und USA/Kanada.

Ferner rege ich an, **die Bundesregierung aufzufordern, sich gegen die transatlantischen Freihandelsabkommen auszusprechen** und die **Verträge abzulehnen**, und begründe dies wie folgt:

– Die in den **Freihandelsabkommen** (TTIP¹, CETA² u. TiSa³) vorgesehenen **Schiedsgerichtsverfahren** im Rahmen der **Investitionsschutzklauseln** höhlen die Demokratie und den Rechtsstaat aus, da durch sie der **Spielraum** demokratischer Entscheidungen (**auch auf Städte- und Gemeindeebene**) auf **Beschlüsse eingeengt** wird, die die Renditen der Wirtschaft aus Sicht der Investoren nicht schmälern, denn sonst drohen **hohe Schadenersatz-Klagen**, wie bereits geschehen:

¹ Transatlantic Trade and Investment Partnership

² Comprehensive Economic and Trade Agreement

³ Trade in Services Agreement

Der Begriff der **geschützten "Eigentumsrechte"** sei in Abkommen wie dem TTIP sehr weit gefasst, sagt Peter Fuchs, Handelsexperte der Organisation PowerShift, gegenüber der „ZEIT“ am 6. März 2014⁴:

"Das kann zum Beispiel die Explorationsgenehmigung für ein Gasfeld sein." Verliere die Lizenz an Wert, etwa weil ein Staat Fracking verbiete oder die Regeln für die Förderung verschärfe, könne der Investor klagen. Selbst eine **Verschlechterung der Gewinnaussichten** reiche für eine Klage schon aus. "Mit den Konzern-Klage-Rechten im TTIP wollen Energiekonzerne wie *Chevron* (aber auch *Exxon Mobile*, *Shell* u.a.) durch die Hintertür ihre dreckigen Fracking-Projekte in Europa durchsetzen",... Fuchs vergleicht die geplanten Sonderklagerechte für Investoren mit "scharfen Waffen, mit denen Konzerne vorbei an ordentlichen Gerichten demokratische Entscheidungen zum Schutz von Mensch und Umwelt angreifen können."

Ein in Deutschland gut bekanntes Beispiel einer solchen Klage ist das von *Vattenfall* gegen die Bundesrepublik Deutschland. Durch den Atomausstieg sah der schwedische Energiekonzern seine Eigentumsrechte schwer verletzt. Er fordert nun 3,7 Milliarden Euro als Entschädigung.

Der Tabakkonzern *Philip Morris* verklagte Uruguay auf die Summe von zwei Milliarden Dollar, als das Land Gesundheitswarnhinweise auf Zigarettenpackungen einführte.

Der kanadische Rohstoffkonzern *Lone Pine* fordert über eine Tochterfirma in den USA 250 Millionen von Kanada, weil die Provinz Québec ein Fracking-Moratorium erlassen hat. Grundlage dieses Verfahrens sind die Investitionsschutzklauseln des Nordamerikanischen Freihandelsabkommens (NAFTA).

Solche Klauseln stellen das Konzerninteresse über demokratisch erlassene Gesetze und das Gemeinwohl, sagen die Kritiker. Denn über die Fälle entscheiden geheim tagende Schiedsgerichte. Ihre Urteilssprüche stehen über nationalem Recht.

"Schon die bloße Androhung einer Klage kann ausreichen, ein Gesetz im Keim zu ersticken", sagt *Pia Eberhardt*, Expertin für Handelspolitik der konzernkritischen Organisation Corporate Europe Observatory CEO. "Das zeigt, dass Investor-Staat-Klagen eine große Gefahr für unsere Demokratie sind." Der Fall *Lone Pine* belege die resultierenden Schäden für Umwelt- und Gesundheitsschutz.

– Die **Vertragswerke** stehen **nicht im Einklang** mit unserer **Verfassung**, denn die vorgesehenen Schiedsgerichts-Verfahren sind nicht mit unserem Rechtssystem vereinbar. Schiedsgerichte sind **keine ordentlichen Gerichte** und erfüllen keine Kriterien unseres Rechtssystems wie Transparenz, Öffentlichkeit, Überprüfbarkeit der Entscheidung etc.. Die Entscheidungen der Schiedsgerichte sind bindend, obwohl sie nur ein mit privatwirtschaftlich agierenden Rechtsanwälten besetztes Gremium sind.

– Die **Schiedsgerichtsverfahren** stehen **über unserem Rechts-System** und hebeln hiermit die subsidiäre Struktur unseres Staates **aus bis hinunter zu den Kommunen**, wo die Ratsmitglieder nicht mehr Herr im eigenen Hause sein werden.

– Die **kommunale Daseinsvorsorge** wie z.B. Wasserversorgung, Abwasser, Rettungsstationen, Altenheime, Krankenhäuser, ÖPNV, Volkshochschulen u.v.a.m. werden damit unter den Vorbehalt der Zustimmung von Investoren gestellt, während der **demokratische Mitgestaltungsspielraum der Bevölkerung** auf ein Minimum **beschränkt** bleibt oder **ganz außen** vor ist. Außerdem könnten auch **regionale Besonderheiten** dabei **unter die Räder** kommen.

– Über die bisher erteilten Aufsuchungsgenehmigungen und die schon früher durchgeführten **Probebohrungen** könnten die Energiekonzerne das umstrittene Fracking – auch im **Münsterland** – durchdrücken oder immense Schadensersatz-Forderungen stellen

⁴ <http://www.zeit.de/wirtschaft/2014-03/ttip-fracking>

für die bisher getätigten Investitionen und vor allem den entgangenen Gewinn an die Landes- bzw. Bundesregierung stellen.

Der Firma Exxon Mobile wurden in NRW bereits Probebohrungen genehmigt und Firma HammGas- bemüht sich momentan in Herbern darum (dazu siehe örtliche Presseberichte).

- Der **Gestaltungsspielraum der Politik wird generell eingengt**; da bei künftigen **Gesetzen** oder **Verordnungen**, die irgendwie Auswirkungen auf die Tätigkeit der Investoren haben, vorab die Zustimmung der beiden Vertragspartner bzw. einer von ihnen ernannten Kommission eingeholt werden müssen. Ansonsten können auch hier hohe Schadensersatzforderungen fällig werden.
-
- Zudem habe ich und weitere, gleichfalls aufmerksame Bürger in Senden, Havixbeck und Nottuln z. B. die **Enttäuschungen über regionale Politiker als Mitglieder des Deutschen Bundestages** [so (Hampel (SPD) und Schiewerling (CDU))] mit Leserbriefen in der Zeitung **Westfälische Nachrichten** im Oktober/November 2014 **zum TTIP-Thema** zum Ausdruck gebracht (so u.a. mein Leserbrief in der „WN“ vom 15.10.2014).

Desweiteren hat die ehemalige Bürgermeisterin von Gelsenkirchen und heutige **Abgeordnete im EU-Parlament, Frau Preuß**, am 30.10.2014 bei einer Veranstaltung des DGB-Ortsverbands Lüdinghausen in der Gaststätte „Zur Mühle“ vor mehr als 30 Zuhörern bekundet, dass sie von dem TTIP-Abkommen so gut wie nichts wisse. Grund sei die strenge Geheimhaltung der Gespräche der Verhandlungsgruppe, sogar vor den EU-Parlamentariern! Die Fernsehanstalt ARD/WDR brachte am 4.8.2014 einen Bericht über das Geheimabkommen TTIP. Die Erkenntnis daraus: Brüssel und USA hüllen sich in Schweigen. Kein Außenstehender ist wirklich ganz informiert; aber im Dezember 2014 soll das EU-Parlament den Vertrag billigen, wohl besser gesagt: abnicken.

- Diese wenigen Beispiele bestätigen meine Wahrnehmung der **Desinformiertheit** bzw. **Insensibilität** unserer Volksvertreter für die *potenziell risikoreichen Auswirkungen der Freihandelsabkommen auf die Demokratie!* Ich hoffe, dies gilt nicht für Lüdinghausen!
-
- Zudem konnten ich und weitere ca. 170 Zuhörer am 23.10.2014 durch einen Vortrag von **Frau Professorin Dr. Mechthild Schrooten** (Wirtschaftswissenschaftlerin zur transnationalen Wirtschaftsforschung) zum Thema: **TTIP und Mittelstand** in der „Steuerhalle“ in Senden unter anderem erfahren, dass...
 - für sämtliche **Aussenhandelsfragen** die nationalstaatlichen **Mandate der EU-Länder** in **Brüssel** abgegeben wurden,
 - **Freihandel** nur das Gewand für **Standardanerkennungen** (welche relativ wenig Einsparpotenzial beinhalten und im Gesamt der Transaktionskosten unter gehen) und **Investorenschutz** (der ist zentral und für gut gewachsene ordentliche Handelsräume fragwürdig zugleich) ist, dass es bereits genügend Freihandel gibt,
 - jene Freihandelsabkommen für **transinternationale Großkonzerne** kreiert wurden und unser **Mittelstand** bei *deutschem Alleinstellungsmerkmal* nur **sehr marginal im internationalen Export** unterwegs ist und unter jenen Regelungen zu den *Verlierern* zählen würde, da der Wettbewerb auf *innerdeutschen Märkten* härter werden und der *Mittelstand* überdehnt werden würde,
 - solch ein **Freihandelsabkommens-Experiment** – insbesondere in Zeiten noch **nicht überwundener Krise aus 2008** in den betroffenen **Handelsgrößräumen** – *hoch riskant* ist (die **Staatsverschuldungen** der Länder sprengen jede Vorstellungskraft),
 - bei weiterem **Optimierungsbestreben** (z. B. nach **Vollautomatisierungen**) keine weiteren **Arbeitsplätze** dadurch geschaffen werden,
 - es ein **Novum** ist, dass Unternehmungen bereits **jetzt gegen Staaten klagen** (s. o. auch am Beispiel des schwedischen Energieunternehmens Vattenfall gegen Deutschland),

- es ein Novum ist, dass **Renditeerwartungen transnationaler Konzerne** mit **Investorenschutz** auf Ebene von im Freihandelsabkommen implementierten **Schiedsgerichten** – *an demokratisch-grundrechtlichen Basisbedingungen vorbei* – abgesichert werden,
- die **Politik** im Großen und Ganzen immer wirtschaftsfreundlicher zu Lasten der Bürgerinnen und Bürger wird (das Kapital bestimmt zunehmend, was wann und wie investiert wird),
- diese Verhandlungen auf einer Ebene von intransparenter „**Blackbox**“ vorbei an Bürgerinnen und Bürgern der betroffenen sozialen Wirtschaftsräume laufen,
- **Staaten, Städte und Kommunen** immer mehr politische **Gestaltungsmacht** an selbst eingesetzte und sich dann verselbstständigende Verwaltungen abgeben.

Auch der Kreistag des Kreises Coesfeld sieht durch das TTIP*-Abkommen (*Transatlantic Trade and Investment Partnership) die Standards der **kommunalen Selbstverwaltung** und **Daseinsvorsorge** gefährdet.

In Anlehnung an das gemeinsame Positionspapier der kommunalen Spitzenverbände vom Oktober 2014 **stellt der Kreistag** fest:

1. dass die bisherigen **Verhandlungen** weitgehend unter **Ausschluss der Öffentlichkeit** geführt wurden und diese **Intransparenz** das Misstrauen in die **Verhandlungsführung** der EU-Kommission erhöht hat und die **demokratischen Spielregeln untergräbt**.
2. dass das Abkommen nach derzeitigem Kenntnisstand geeignet ist, die bisherige Form **kommunaler Daseinsvorsorge** und das **Subsidiaritätsprinzip zu gefährden**.
3. dass daher die **kommunale Daseinsvorsorge**, darunter **insbesondere** die nicht **liberalisierten Bereiche** - wie die **öffentliche Wasserver- und Abwasserentsorgung**, die Bereiche **Abfall** und **ÖPNV**, **soziale Dienstleistungen** sowie alle **Leistungen** der öffentlichen Daseinsvorsorge **im Kulturbereich** – von dem **Handelsabkommen** explizit ausgeschlossen werden sollen.
4. dass die **wirtschaftliche Betätigung** von Kommunen im Bereich der Daseinsvorsorge und der Infrastruktur nicht gefährdet werden darf und die Spielräume für eine **Auftragsvergabe nach sozialen, ökologischen oder regionalen Kriterien** nicht enger werden sollen.
5. dass die **Umwelt- und Sozialstandards** in der EU nicht gefährdet werden dürfen.

Der **Kreistag Coesfeld unterstützt daher die Position der kommunalen Spitzenverbände** und fordert die Landes- und Bundestagsabgeordneten sowie die regional zuständigen Europaabgeordneten auf, sich entsprechend auf der jeweiligen politischen Ebene zu verwenden.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Vertreterinnen und Vertreter des Stadtrates Lüdinghausen, es dürfte deutlich geworden sein, dass ein solches **für unsere Demokratie so vitales Thema** z.B. nicht etwa nur die **Sache** eine Haupt- und Finanzausschusses sein darf, sondern die Sache **des gesamten Stadtrates sein muß**.

Daher stelle ich als Bürger von Lüdinghausen den Antrag, dieses Thema zu diskutieren und eine **konstruktive Position** zu finden, aus der heraus **an geeigneter Stelle eine Ablehnung der Abkommen bekundet wird**. Dabei ist allerdings **höchste Eile geboten**, denn es wurde bekannt, daß TTIP und CETA bereits im Dezember 2014 beschlossen werden sollen. Änderungen danach wird es nicht geben!

Freundlichen Gruß von

Antragssteller A